

# Der „Tag von Potsdam“.

## Zur Karriere eines politischen Symbols

Vortrag Altes Rathaus Potsdam, 21.3.2003, 18.00 Uhr

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Potsdam ist mehr als ein Ort der Erinnerung, Potsdam ist ein Schlachtfeld der Erinnerungspolitik, und der Kampf um die historische Identität dieser Stadt zieht sich von den Tagen, in denen ein Voltaire übellaunig einer vom Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. geprägten Exerzierstadt der „Schnurrbärte und Grenadiermützen“ entgegenrumpelte, bis zu unserer Gegenwart, die uns mitten im Zentrum über trostlose Stadtbrachen zum Alten Rathaus gelangen läßt. Sein preußischer Mythos machte Potsdam 1933 zum Gründungsort des Dritten Reiches, und sein preußischer Mythos machte Potsdam 1945 zu einer verglühten Ruinenstadt, in der die Konferenz von Potsdam die Konturen der Nachkriegsordnung nach der deutschen Kapitulation festlegte. Den Geist von Potsdam suchte 1951 die FDJ mit einer Flußbestattung zu ertränken und ein Neuaufbaukonzept aus dem Stadtbild zu radieren, das an die Stelle des Stadtschlosses eine Hochhausdominante setzte, die von der Zukunft des Sozialismus zeugte. Den Geist von Potsdam beschwor umgekehrt ein bundesdeutscher Traditionsverein, der 1987 das berühmte Glockenspiel nachgießen und im Anschluß an die deutsche Vereinigung nach Potsdam zurückschaffen ließ, wo es seine berühmten Halbstundenlieder von einem Carillon aus über die Stadt hinwegwehen läßt. Die ratlose Suche nach der historischen Identität des zukünftigen Potsdam kennzeichnet schließlich unsere Zeit, die zwischen Potsdam-Center und Fortuna-Portal schwankt und Potsdam zur Kakophonie einer Residenzstadt gemacht hat, in der das Preußenzitat neben dem Plattenbau steht und das Barockquartier neben dem Brachland, eine Stadt, in der sich Sanierung und Verfall, räumliche Leere und räumliche Verdichtung so unvermittelt begegnen.

Kein Ort aber spiegelt den Streit der Erinnerungen klarer als die Potsdamer Garnisonkirche, in der sich heute vor 70 Jahren das vollzog, was seither der „Tag von Potsdam“ genannt wird. Und kein Ort könnte zugleich so ortlos sein wie die vor bald 35 Jahren abgetragene Kirchenruine, an die heute den Unkundigen nichts mehr erinnert, der auf der Breiten Straße Richtung Westen mit seinem Auto gleichgültig über den Fleck hinwegrollt, auf dem deutsche Geschichte geschrieben wurde und ein nationalkonservativer Präsident seinem nationalsozialistischen Kanzler die Hand zum Bund reichte.

## I. DIE GESCHICHTSPOLITISCHE AUFLADUNG DER GARNISONKIRCHE IM 19. JAHRHUNDERT

Die Anfänge des „Tags von Potsdam“ reichen weit zurück, nämlich bis in die staatsreligiöse Aufladung der Garnisonkirche im 19. Jahrhundert zu einem Walhalla der borussischen Meistererzählung. Die 1732 von dem Architekten Gerlach errichtete Garnisonkirche hatte ursprünglich zur geistlichen Versorgung des bei Regierungsantritt des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. in Potsdam garnisonierte Leibbataillon der „Langen Kerls“ gedient und stellte in ihrer Baugeschichte so etwas wie ein Vermächtnis des preußischen Befürsteten Friedrich Wilhelm I., der durch Sparsamkeit, Frömmigkeit und Disziplin die Grundlage für den preußischen Machtstaat geschaffen hatte. Sowohl an dem separat stehenden, viergeschossigen Turm mit seinem berühmten Glockenspiel „Üb’ immer Treu und Redlichkeit“ wie auch im Innern der Kirche wiesen zahlreiche Details auf die Verbindung von Kirche und Staat hin, so etwa in der soldatischen Behelmung der Pauken- und Trompetengel an der Orgel oder in dem seltsamen und später als anstößig empfundenen Umstand, daß den Kanzelaufgang einträchtig von den zwei allegorischen Figuren aus der antiker Mythologie bewacht wurden, die zum einen die Weisheitsgöttin Minerva, zum anderen hingegen den Kriegsgott Mars vorstellten.

Schon Jahre vor seinem Tod hatte Friedrich Wilhelm I. eine einfache Gruftkammer von drei Quadratmetern hinter dem Altar anlegen lassen, die gerade groß genug war, um zwei bereits vorgefertigte Marmorsärge aufzunehmen, die der „Soldatenkönig“ sich und seiner Frau Sophia Dorothea bestimmt hatte. In dieser Gruft hinter dem Altar fand 1740 Friedrich Wilhelm I. seine – zunächst - letzte Ruhestätte, nicht aber Sophia Dorothea, die vielmehr nach ihrem Tod 1757 in der Berliner Domkirche beigesetzt wurde. Ihren Platz nahm fast dreißig Jahre später ihr Sohn Friedrich II. ein, der nach seinem Tode 1786 entgegen seinem Testament von 1769 nicht auf der Terrasse von Schloß Sanssouçi bestattet wurde, sondern an der Seite seines Vaters in der Gruftkammer der Garnisonkirche und in der gleichen schlichten Weise wie sein Vorgänger.

Mit diesem Platzwechsel zwischen Sophia Dorothea und Friedrich II. war das Fundament geschaffen, das die Hof- und Garnisonkirche im 19. Jahrhundert zu einem auratischen Ort des preußisch-deutschen Wiederaufstiegs werden ließ. Das erste Zeugnis für ihre symbolische Anziehungskraft stellte der russische Zar Alexander I. aus, der auf einer Reise von Sankt Petersburg nach Weimar in Potsdam Station machte und bei einem gemeinsamen Besuch in der Garnisonkirche in der Nacht vom 3. auf den 4. November 1805 vor dem Sarg Friedrichs

II. die Hände des preußischen Königspaar Friedrich Wilhelm III. und Luise erfaßte, um dann „in schwärmerischer Verzückung“ auf die Knie zu fallen und mit einem Kuß auf den Metallrand des Sarges die Freundschaft zwischen Rußland und Preußen zu beschwören, die am selben Tag mit einem Bündnis beider Staaten gegen Frankreich notifiziert worden war. Ein Jahr später verkehrte sich derselbe Ort zu einem symbolischen Ausdruck des preußischen Zusammenbruchs, als nämlich der französische Kaiser Napoleon nach seinem Sieg über die preußischen Truppen bei Jena und Auerstedt im Oktober 1806 auch der Garnisonkirche einen Besuch abstattete.

Nach den Befreiungskriegen und wieder nach den Reichseinigungskriegen nahm die Garnisonkirche die feierlich geweihten Kriegstrophäen der preußischen Armee auf und entwickelte sich auf diese Weise zu einer Art Walhalla des preußisch-deutschen Aufstiegs zur europäischen Großmacht. Insgesamt fast 200 französische, dänische und österreichische Fahnen und Feldzeichen hingen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges in effektvoller Schrägstellung aus ihren in zwei Etagen an den Pfeilern angebrachten Fahnenkörben; kleine Medaillons verzeichneten darunter die Namen der in den Befreiungs- und in den Reichseinigungskriegen bestandenen Schlachten und gaben so den Rahmen für die großen Festgottesdienste ab, mit denen die Garnisonkirche 1912 den 200. Geburtstag Friedrichs II., 1913 das 25jährige Thronjubiläum Wilhelms II. und 1914 den Abschied der hinausziehenden Truppen in den Weltkrieg beging.

## II. DER „TAG VON POTSDAM“ ALS GESCHICHTSPOLITISCHE BEMÄCHTIGUNGSKONKURRENZ

Die Aura dieses Erinnerungsortes wurde 1933 zu einem symbolischen Hebel der Machtergreifung. Der medienwirksame, in die zeitgenössische Wahrnehmung tief eingeschriebene Händedruck zwischen dem reaktionären und dem rechtsrevolutionären Flügel des republikfeindlichen Lagers fügt sich in eine Schritt um Schritt erklommene Stufenleiter der nationalsozialistischen Machtergreifung, die sich von den Septemberwahlen 1930 über den 30. Januar 1933 bis zum Tod Hindenburgs am 2. August 1934 spannt. Der so überwältigend inszenierte Anschluß des elitären Nationalkonservatismus an die braune Massenbewegung fand sein Gegenstück in der zwei Tage später sanktionierten Selbstausschaltung des Parlaments auf dem Wege des Ermächtigungsgesetzes, und er brach zugleich die Bahn zur raschen Überwindung auch des sozialdemokratischen Widerstandes am 1. und 2. Mai 1933 im Zeichen der Versöhnung und Einigkeit und zum Einbruch in das katholische Resistenzmilieu mit dem Reichskonkordat vom 8. Juli 1933.

Wer aber trug die Verantwortung für diesen Triumph von Potsdam über Weimar? Die Nationalsozialisten mit ihrem gewissenlosen Propagandachef an der Spitze, die das deutsche Volk mit ihrer geschickten Inszenierung von Rührung und Repression zur Zustimmung verführten, oder die republikfeindlichen Eliten, die im Zeichen Preußens und unter Führung Hindenburgs zu Hitler überliefen? Keine der beiden Antworten ist ganz falsch, aber keine von ihnen trifft die ganze Wahrheit. Wenden wir uns zunächst der Verführungsthese zu. Die Deutung des Potsdamer Staatsaktes als ein so geschicktes wie gewissenloses Trugspiel der nationalsozialistischen Machthaber mit der preußischen Tradition gehört bis heute zum historischen Selbstverständnis der Bundesrepublik und ist Teil des gesicherten Schulbuchwissens. Sie bedient den immer noch populären Mythos der verführten Deutschen, und sie beglaubigt die Selbstviktimisierung einer Nachkriegsgesellschaft, die sich bis in die siebziger Jahre mehrheitlich selbst als Opfer der zwölf dunklen Jahre verstand. Nun steht und fällt die Verführungsthese mit dem Nachweis, daß der „Tag von Potsdam“ Produkt einer raffinierten geschichtspolitischen Regie war. Das aber war er keineswegs.

Zunächst ging die Entscheidung, nach 1848 und 1919 auch den dritten Anlauf zu einer revolutionären Parlamentskonstituierung außerhalb Berlins zu unternehmen, gar nicht auf den symbolpolitischen Willen der seit dem 30. Januar 1933 regierenden Koalitionsregierung von Nationalsozialisten und Deutschnationalen zurück, sondern auf den bekannten Brandanschlag vom Abend des 27. Februar 1933, die den Berliner Reichstag in eine rauchgeschwärzte Ruine verwandelt hatte. Erst daraufhin hatte Hitler im Reichskabinett den Vorschlag geäußert, den am darauffolgenden Sonntag zu wählenden Reichstag zur Eröffnungssitzung nach Potsdam in das Stadtschloß einzuberufen.

Doch zuständigkeitshalber vom Reichsinnenministerium unternommene Sondierungen bei der Potsdamer Schlösserverwaltung am 1. März blieben unergiebig; ein 600 Abgeordneten Platz bietender Großraum bot weder das Schloß noch ein anderer preußischer Repräsentativbau. Erst als sich abzeichnete, daß Reichsinnenminister Frick in der gesetzten Frist seinem Auftrag nicht würde nachkommen können, verfiel ein befragter Potsdamer Obermagistratsrat auf die kühne Idee, ein hinreichend geräumiges Gebäude vorzuschlagen, das sich allerdings als Sakralraum und überdies Grablage zweier Preußenkönige für die konstituierende Sitzung eines politischen Parlaments nicht unbedingt anbot: die im frühen 18. Jahrhundert erbaute Potsdamer Hof- und Garnisonkirche. An der Spitze des nationalsozialistisch geführten Reichsinnenministerium wurde dieser Vorschlag, der symbolpolitisch so ganz auf der Linie des deutschnationalen Koalitionspartners lag, als derart brisant eingestuft, daß Reichsinnenminister Frick den Beteiligten zunächst ein striktes Schweigegebot auferlegte, um

nicht durch eine etwaige Ablehnung Hitlers desavouiert zu werden. Ein Alternativvorschlag stand allerdings in der Kabinettsitzung am folgenden Tag nicht zu Gebote, und so erklärte Hitler sich zur unverhohlenen Verblüffung seines Vizekanzlers Papen einverstanden, den Reichstag zu seiner Eröffnungssitzung an einem Ort einzuberufen, der das neue „Dritte Reich“ ganz in die Kontinuität des 1918 untergegangenen Zweiten Reichs stellen würde.

Der Widerstand der kurländischen Oberkirchenleitung unter Otto Dibelius, die sich der Unterstützung des Reichspräsidenten versicherte, verhinderte die Umsetzung dieses Vorschlags und führte nach einigem Hin und Her am 7. März zu einem Kompromiß, der die Versammlung in der Garnisonkirche auf einen feierlichen Staatsakt reduzierte und ihr einen nach Konfessionen getrennten Auftaktgottesdienst in der evangelischen Nikolaikirche bzw. in der katholischen Stadtpfarrkirche voranstellte. Die eigentliche Reichstagseröffnung wurde nun einem gesonderten Akt in einem benachbarten Profangebäude vorbehalten, dem „Langen Stall“. Genau einen Tag später war auch diese Festsetzung bereits wieder gegenstandslos, als nämlich Hitler und Göring bei einem Lokaltermin zur allgemeinen Überraschung entschieden, den Eröffnungsakt auf den 21. März vorzuziehen. In zwei Wochen aber war der Lange Stall nicht versammlungstauglich umzubauen, so daß am Ende die eigentliche Reichstagseröffnung aus bautechnischen Zwängen nun doch in die Berliner Kroll-Oper verlegt werden mußte und für Potsdam nur eine zeremonielle Auftaktveranstaltung ohne politische Bedeutung übrigblieb.

Erst nachdem all diese Festlegungen bereits getroffen waren, trat mit Joseph Goebbels endlich jener Akteur auf die Bühne, dem die Legende die ganze Verantwortung für die Potsdamer Großveranstaltung zuschreibt. Am 13. März wurde Goebbels zum Minister des neugeschaffenen Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda berufen, und ihm blieb kaum mehr als eine Woche, um das Potsdamer Projekt umzusetzen, das von einem Tag auf den anderen zur öffentlichen Nagelprobe für die Existenzberechtigung seines in der staatlichen Ressortgeschichte noch nicht dagewesenen Medienministeriums geworden war. Von souveräner Regie kann in dieser Vorgeschichte keine Rede sein, in der Zufälle, Kompromißzwänge und Ad-hoc-Entscheidungen eine erheblich größere Rolle spielten als der von Goebbels reklamierte Anspruch, die Reichstagseröffnung ‚zum erstenmal im Stil nationalsozialistischer Formgebung‘ abzuhalten.

Als Symbol politischer Verführungskraft taugt der „Tag von Potsdam“ also wenig. Doch überzeugt auch die Gegenthese nicht recht, nach der die Verantwortung für den Potsdamer Beitrag zur Machtergreifung den nationalkonservativen Eliten zukommt, die an diesem „Tag

der nationalen Erhebung“ ihre symbolische Kapitulationsurkunde unterzeichnet und damit dem zwei Tage später verabschiedeten Ermächtigungsgesetz die Zustimmung bis in die politische Mitte hinein und vor allem des Zentrums gesichert hätten. Hinter der vermeintlichen Versöhnung von ‚alter Größe und junger Macht‘, die die Propaganda im ‚Dritten Reich‘ etwa mit der ikonographischen Postkartentrias von Friedrich dem Großen, Hindenburg und Hitler herausstrich, verbarg sich in Wirklichkeit eine Konkurrenz um die symbolpolitische Vorherrschaft innerhalb des rechten Lagers, aus dem an diesem Tage zumindest dem Anschein nach der bürgerliche Nationalismus und nicht die NS-Bewegung mit Hitler an der Spitze als Sieger hervorging.

Wie zahlreiche Beobachter übereinstimmend notierten, dominierte am 21. März nicht das nationalsozialistische Hakenkreuz, sondern in erdrückendem Übermaß das kaiserliche Schwarz-Weiß-Rot im Farbenmeer der geflaggten Häuser und Straßen Potsdams. Nicht Kleidung und Personal der neuen Staatsführung gaben dem Einzug der Volksvertreter in Potsdam das Gepräge, sondern die Präsenz des in seiner Uniform als kaiserlicher Generalfeldmarschall auftretenden Reichspräsidenten, verstärkt durch die Anwesenheit des in Kronprinzen Wilhelm in der Uniform der Totenkopfhülsen und zahlreicher anderer Vertreter von Generalität und Admiralität des wilhelminischen Deutschland.

Den stärksten Beweis dafür, daß die von den Umständen erzwungene Entscheidung für die Potsdamer Garnisonkirche in der Folge eine ganz ungewollte Signalwirkung zu entfalten drohte, lieferte die NS-Führung selbst. Offenbar mußte Goebbels immer stärker von der Sorge befallen worden sein, daß Ort und Ablauf der geplanten Feier weniger den angestrebten Stil nationalsozialistischer Formgebung als vielmehr die geglückte Einbindung Hitlers in das konservative Zähmungskonzept seines Vizekanzlers Papen demonstrieren würde. Nur so ist zu erklären, daß Goebbels am Vorabend des Staatsaktes Hitler dazu bewog, das von ihm selbst so sorgsam ausgearbeitete Programm des Potsdamer Staatsaktes mit einem Affront zu torpedieren, der unter anderen Umständen zu einem veritablen Skandal hätte werden können. Überraschend nämlich blieben beide am Morgen des „Tags von Potsdam“ dem aufaktbildenden Gottesdienst in der katholischen Stadtpfarrkirche fern, um statt dessen in trotzig-revolutionärer Kämpferhaltung auf dem Luisenstädtischen Friedhof in Berlin Kränze an den Gräbern zu Tode gekommener SA-Männer niederzulegen.

Tatsächlich stand Potsdam am 21. März weitgehend im Zeichen der monarchisch-konservativen Tradition, die sich in der frenetischen Begeisterung zeigte, mit der 85jährige

Reichspräsident vor und nach dem Gottesdienst in der Nikolaikirche ebenso gefeiert wurde wie bei einer anschließenden Triumphfahrt durch die Stadt nach Sanssouci und zurück.

Auch der Staatsakt selbst schien den symbolpolitischen Sieg des monarchischen Restaurationsgedanken über die braune Revolutionsideologie zu unterstreichen. In seinem Mittelpunkt stand wieder Hindenburg, zu dessen Ehren sich die Ehrengäste erhoben, als er in Marschallsuniform auf den Altar der preußischen Hofkirche zuschritt, um vor der leeren Hohenzollernloge den Marschallstab zum Gruß an seinen Kaiserlichen Herrn zu heben, bevor er an der Seite Hitlers und Görings auf dem ihm bestimmten Ehrensessel Platz nahm. Erst nach einer kurzen Eröffnungsansprache Hindenburgs vermochte dann Hitler kurzzeitig das Interesse der Zuschauer und vor allem Zuhörer ganz auf sich zu ziehen. Aber seine überraschend maßvoll vorgetragene, von antisemitischen Anklängen freie Regierungserklärung ging an keiner Stelle über nationalkonservative Ziele hinaus und bewegte sich mit ihrem Aufruf zur nationalen Einheit ganz in dem Rahmen, den zuvor der Reichspräsident in seiner Ansprache gesteckt hatte.

Die weitere Zeremonie stand wieder ganz im Zeichen Hindenburgs, der Hitler mit einem bewegten Händedruck dankte, um sich dann nur in Begleitung zweier Adjutanten an die Königsgruft hinter dem Altar zu begeben und vor einem schweigend verharrenden Auditorium innere Zwiesprache an den Sarkophagen der toten Preußenherrscher zu halten. Seine Rückkehr gab das Zeichen zum Aufbruch und leitete zugleich zum nächsten Akt über: der großen Militärparade, für die eine Tribüne neben der Kirche aufgeschlagen worden war, auf der nun mit der Reichsregierung das Diplomatische Corps und zahlreiche weitere Ehrengäste Aufstellung nahmen. 21 Schuß Salut, die ein Artillerie-Regiment im Lustgarten des Potsdamer Schlosses feuerte und die zeitgleich auch in vielen anderen deutschen Städten abgegeben wurden, rahmten den letzten Auftritt des Reichspräsidenten an diesem Tage, für den vor der Tribüne ein eigener Holzpodest errichtet worden war. Von hier aus nahm Hindenburg einen von Eliteformationen der Reichswehr im Paradeschritt mit klingendem Spiel angeführten Vorbeimarsch ab, dem sich SA- und Stahlhelmformationen, Schutzpolizeieinheiten und zahllose ‚nationale Verbände‘ bis hin zur ‚Hitlerjugend‘ und dem ‚Bund Deutscher Mädel‘ anschlossen. Nichts schien darauf hinzudeuten, daß an diesem Tag die bürgerliche Rechte vor Hitler kapituliert habe, alles aber darauf, daß das von Hindenburg und Papen verfolgte Zähmungskonzept anschlüge und die bislang so plebejische und gewaltorientierte Hitlerbewegung ihrem nationalrevolutionären Habitus öffentlich abzuschwören bereit sei und sich unwiderruflich in die Tradition eines restaurativen Preußentums eingefügt hätte.

Weder die auf die Nazis zielende Verführungsthese noch der auf die bürgerlichen Eliten zielende Kapitulationsvorwurf sind für sich allein und auch zusammen hinreichend geeignet, um zu erklären, warum der „Tag von Potsdam“ zu einem „Tag der nationalen Erhebung“, zum symbolpolitischen Gründungstag des Dritten Reiches werden konnte. Ein nicht unwesentlicher Teil der historischen Verantwortung gebührt vielmehr einem dritten Akteur: nämlich der deutschen Mehrheitsgesellschaft und ihrem immer stärker artikulierten Verlangen nach einer umfassenden Zeitenwende, die sich in der politisch belanglosen Zeremonie einer Parlamentskonstituierung ihr ausdrucksstarkes Symbol suchte. Weit über die Rechtsparteien hinaus hatte auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise das parlamentarische System sich in Deutschland seinen Kredit verloren und war die Sehnsucht nach einem Ruck, nach einer Wende übermächtig geworden, die die Zersplitterung der Nation in Klassen, Interessen und Weltanschauungen beseitigen und die Rückkehr zu einer Volksgemeinschaft im Geist von 1914 einleiten würde. Goebbels' entscheidende Leistung bestand darin, dieses Bedürfnis aufzunehmen und mit Hilfe des Rundfunks und eines zentralen Aufrufs zum „Tag von Potsdam“ in eine mediale Mobilmachung der deutschen Gesellschaft zu überführen. Sie verwandelte den zeremoniellen Potsdamer Staatsakt in ein Gemeinschaftserlebnis nationaler Identitätsstiftung auf dem Wege des Mitmachens und des Mithörens, wie Goebbels in seinem Tagebuch selbst festhielt: „Der Rundfunk wird für ganz Deutschland eingeschaltet. Die Nation muß an diesem Tag teilnehmen. Ich arbeite das Programm bis tief in die Nacht hinein in allen Einzelheiten durch, rufe in einem kurzen Aufruf die Nation zur Teilnahme auf und tue alles, um diesen feierlichen Staatsakt unverlöschlich in das Gedächtnis der lebenden Nation einzuprägen.“

Der medialen Mobilmachung entsprach die symbolische Aufladung, die die bevorstehende Reichstagseröffnung vom ersten Moment ihrer Planung an erfuhr. Als Hitler am 2. März im Kabinett vorschlug, doch in das Potsdamer Stadtschloß zu ziehen, mochte er lediglich die an ihn in diesen Wochen drängend herangetragenen Hoffnungen auf eine Restaurierung der Hohenzollernmonarchie mit einer unverbindlichen Geste ruhigzustellen gehofft haben. Aber seine Idee verselbständigte sich in kürzester Zeit zu einem raum-zeitlichen Assoziationskonzert ohne Beispiel. Als der Potsdamer Obermagistratsrat Bestehorn die Garnisonkirche ins Spiel brachte, dachte er an die Kaiserproklamation von Versailles, die 1871 ein Hofprediger und Pfarrer an der Garnisonkirche vorgenommen hatte. Die Zustimmung zu seinem Vorschlag wurde von der Hoffnung getragen, die neuen politischen Verhältnisse mit der räumlichen Verbindung zu Potsdam und zu den Sarkophagen der großen



Preußenkönige charismatisch zu überhöhen und die Machtergreifung in eine Kontinuitätslinie zu Friedrich II. und Bismarck zu rücken.

Als die Reichsregierung überraschend die ursprünglich für Anfang April vorgesehenen Reichstagseröffnung auf den 21. März vorverlegte, hatte allerdings die Magie des Datums die Oberhand über den Zauber der räumlichen Verschmelzung erlangt. Mit dem vorgezogenen Eröffnungstermin schuf die nationalsozialistische Verkündung eines „Dritten Reichs“ eine bewußte Parallele zur Gründung des „Zweiten Reichs“ 1871, dessen erster Reichstag 1871 ebenfalls am 21. März zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten war. Nicht weniger nah als dieser geschichtspolitische Verbindung lag eine ganz andere Analogie, auf die vor allem in der Presse immer wieder hingewiesen wurde, nämlich zum Zusammentritt der Nationalversammlung nach der Novemberrevolution im Januar 1919, die ebenfalls außerhalb der Reichshauptstadt stattfand, in Weimar. In diesem Fall ging es der nationalsozialistischen Führung in ihrer symbolpolitischen Intention allerdings nicht um schmückende Analogie, sondern um auslöschende Abgrenzung vom behaupteten Irrweg der Republik von Weimar.

Damit erschöpften sich die Anstrengungen, das kommende Großereignis möglichst umfassend mit geschichtlichen Symbolverweisen auszustatten, noch lange nicht, und der Wille zur historischen Analogie überwand sogar den Gegensatz zwischen der nationalen Revolution von 1933 und der demokratischen Revolution von 1848. Exakt am 18. März, dem Jahrestag der Berliner Märzrevolution von 1848, veröffentlichte Goebbels einen Aufruf zu nationalen Feiern am 21. März, der im Einklang mit den alten 1848er-Forderungen den kommenden Staatsakt als „Bekanntnis für die Einheit und die Freiheit des deutschen Volkes und Reiches“ pries. Gezielt griff Goebbels auf die Traditionen der 1848er-Feiern nicht nur mit dem gewählten Tag des Aufrufs zurück, sondern antwortete mit dem rhetorischen Gestus der Proklamation unverkennbar auch auf die Erklärung des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. vom 21. März 1848, daß Preußen fortan in Deutschland aufgehe.: „Am Abend des historischen 21. März sollen sich durch alle Städte und Dörfer des ganzen Reiches Fackelzüge der nationalen Parteien und Verbände, der Studentenschaft und der Schuljugend bewegen! Auf unseren deutschen Bergen und Höhen sollen die Freiheitsfeuer aufflammen!“

Auf diese Weise trat der Tag von Potsdam in Beziehung zu den drei wirkungsmächtigsten Zäsuren der jüngeren deutschen Geschichte: Zum einen suggerierte er eine Verknüpfung der – gescheiterten - deutschen Revolution von 1848 mit der – gelungenen – ‚nationalen Revolution‘ von 1933 und interpretierte die nationalsozialistische Machtübernahme nicht nur als endgültigen Sieg eines jahrhundertealten Rufes nach Freiheit und Einheit, sondern

inszenierte obendrein die Potsdamer Garnisonkirche als Kontrapunkt zur Frankfurter Paulskirche, deren Werk sie in einem neuen Sinne fortsetze und zum Siege führe. In einer zweiten Perspektive schloß der in der Garnisonkirche in Szene zu setzende Auftakt zu einer neuen Parlamentsperiode geschichtspolitisch an den ersten in einer Reihe von zahlreichen Vorläuferakten an, da bis 1918 die Reichstagseröffnungen regelmäßig von einer politisch-religiösen Auftaktzeremonie im Berliner Schloß und im Dom begleitet worden waren, und hob so ein staatsrechtliches Routineereignis in den historischen Rang einer historischen Erneuerung des Zweiten Kaiserreichs durch das „Dritte Reich“. Auf der dritten Verknüpfungssachse schließlich erschien die „kommunistische“ Reichstagsbrandstiftung vom Februar 1933 als fanalartiger Widerschein der „verräterischen“ Novemberrevolution und die in der Potsdamer Reichstagsfeier symbolisierte Geburt einer erneuerten Nation als historische Auslöschung des mit der Weimarer Nationalversammlung von 1918 verbundenen Irrwegs.

Hinter diesem geschichtspolitischen Analogiefieber wird das alles überrennende Bedürfnis nach einer politischen und sinnweltlichen Zäsur sichtbar, die zugleich Kontinuität verbürgen sollte. Der „Tag von Potsdam“ bediente eine Sehnsucht nach Veränderung, die zugleich Geborgenheit in der Geschichte versprach. In diesem Sinne war er genauso Produkt der Millionen, die an diesem Tag im Radio die 21 Schuß Salut mithörten, die im Potsdamer Lustgarten zu Ehren des Staatsaktes abgefeuert wurden, wie derjenigen, die diese Schüsse abfeuern ließen. Der „Tag von Potsdam“ war weniger Resultat eines geschickten product placement als eines übermächtigen gewordenen gesellschaftlichen Willens zum politischen Stilwechsel. Er feierte die Überwindung der nationalen Zerrissenheit als eine Versöhnung zwischen Vergangenheit und Zukunft, die direkt an 1918 ansetzte und die Weimarer Jahre symbolisch aus der Geschichte ausradierte. Pointiert formuliert: Nicht weil er über die von Terror und Gewalt gekennzeichnete Wirklichkeit so geschickt hinwegtäuschte, wurde der „Tag von Potsdam“ zu einer entscheidenden Etappe auf dem Weg zur totalen Machtergreifung, sondern weil er die mentale Verfassung einer rasch wachsenden Mehrheit so exakt abbildete.

### III. SOZIALISTISCHE VERSUS PREUBISCHE STADTIDENTITÄT IN DER DDR

Springen wir in unserer Betrachtung zur Wirkungsgeschichte des „Tag von Potsdam“ von der NS-Zeit zur SED-Herrschaft. Wie ein Menetekel ragte bei Kriegsende ein 57 Meter hoher Kirchenstumpf in die Höhe, in dessen Erdgeschoß sich die Gemeinde neu einrichtete und eine provisorische Kapelle mit 100 Plätzen einrichtete. Die Zukunft der Garnisonkirche hing

fortan von der Frage ab, inwieweit sie sich von ihrer Vergangenheit als Ort der unheilvollen Vermählung zwischen Faschismus und Reaktion loszusagen vermochte. Ein erster geschichtspolitischer Reinigungsakt galt schon dem Namen der Kirche, die 1949 in „Heilig-Kreuz-Kirche“ umgetauft wurde. Dennoch entging sie ihrem Schicksal nicht. Nach zwanzig Jahren eines zwischen Verfall und unzulänglicher Sicherung schwankenden Schwebeszustandes, während dessen sich die Gemeinde notdürftig in dem stehengebliebenen Turmstumpf eingerichtet hatte, wurde die Ruine auf Beschluß der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung im Frühsommer 1968 abgerissen, um Platz für den Bau eines neues Rechenzentrums zu schaffen. Dieser Akt kultureller Barbarei, der einen der schönsten Kirchtürme des norddeutschen Barock vernichtete, wird bis heute als geschichtspolitische Antwort der zweiten deutschen Diktatur auf die geschichtspolitische Bemächtigung der Kirche durch die erste deutsche Diktatur verstanden. Aber auch in diesem Fall liegen die Dinge verwickelter.

Zunächst überrascht, daß die Ruine erst fast zwanzig Jahre nach Gründung der DDR abgerissen wurde, während das Potsdamer Schloß immerhin schon im Januar 1960 gesprengt worden war. Auffällig ist weiterhin, daß dem Abriß keine öffentliche Kampagne vorausging und die SED-Führung sogar offenbar eine sachlich doch naheliegende Debatte über den Wert oder Unwert dieses historisch so stark konnotierten Erinnerungsortes geflissentlich zu vermeiden suchte. Kein nach außen dringendes Schriftstück sprach davon, daß die Garnisonkirche als Geisel ihrer Vergangenheit büßen mußte. Vielmehr wehrte die SED-Führung schon auf Bezirksebene alle Versuche einer provozierenden Zurschaustellung eines bilderstürmerischen Triumphes des Heute über das Gestern ab und verhinderte auch die von Parteifunktionären wie Wilhelm Girnus geforderte Terminierung der Sprengung auf den Jahrestag der deutschen Kapitulation vom 8. Mai 1945, die den Abriß ideologisch noch weiter aufgeladen hätte.

Auch waren die Behörden in den zurückliegenden Jahren überaus uneinheitlich mit dem Gebäude der ehemaligen Garnisonkirche umgegangen. Zwei Jahrzehnte lang, bis Ende 1966, waren an ihr laufende Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt worden, die zum Teil erhebliche Kosten verursacht hatten, und gerade erst mit dem Einbau von Stahlbetondecken in den vier Turmebenen begonnen worden. Und noch im Winter 1965 war eine Bildunterschrift in der SED-Zeitung „Märkische Volksstimme“, die über die abgebildete Ruine der Garnisonkirche befand, „eines Tages werden wohl die nur noch traurigen Mauerreste noch weichen müssen“, von SED-Seite als „Mißbrauch der MV durch reaktionäre Kreise mit Duldung der CDU“ bewertet worden und hatte zu einer scharfen „Maßregelung der

Verantwortlichen“ geführt. Die Zeitung beeilte sich daraufhin, ihren Irrtum öffentlich zu korrigieren: „Von einem Abriß der Garnisonkirche kann insofern keine Rede sein, als die dank gemeinsamen (sic!) Bemühungen kirchlicher und staatlicher Stellen als Kirchenbaudenkmal erhalten wird.“

Zu diesem Befund paßt, daß die Abrißentscheidung nicht nur in der beschlußfassenden Stadtverordnetenversammlung auf einen sich in vier Gegenstimmen niederschlagenden und dieser Form einmaligen Widerstand traf, sondern auch in der Parteiführung selbst bis zum Schluß umstritten blieb. Nicht nur die Potsdamer Oberbürgermeisterin trug die Entscheidung nur widerstrebend mit und versuchte über den DDR-Kulturminister Klaus Gysi die Sprengung der Ruine zu verhindern; ausgerechnet der bei der Exekution des Abrißbeschlusses in vorderster Linie agierende Stadtrat Nutbohm hatte zuvor ein eigenes Memorandum verfaßt, in dem er den kunsthistorischen Denkmalswert der Ruine unterstrich und angesichts der Stimmung in der Bürgerschaft die Teilkonservierung der Ruine als antifaschistisches Mahnmal empfahl. Daß die Stadtverantwortlichen sich schließlich ebenso beugten wie die zäh um den Erhalt kämpfende Denkmalsbehörde, ging nicht alleine oder auch nur primär auf eine angebliche Willkürentscheidung von Ulbricht persönlich zurück, die vom pathologischen Preußenhaß des Parteichefs zeugte, wie oft behauptet wird, sondern ergab sich letztlich aus den Ordnungskriterien einer sozialistischen Denkwelt, in der den Zeugnissen der Vergangenheit kein eigenständiger Rang mehr zukam. Die Orientierungsmuster des SED-Staates hießen „Fortschritt“ und „Zukunft“, und im Abriß der Kirche flossen geschichtshygienische und zukunfts-gestaltende Motive so ununterscheidbar ineinander, daß die Ersetzung der Garnisonkirche durch ein Rechenzentrum an gleicher Stelle als „Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ und „Voraussetzung für die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung“ legitimiert werden konnte.

Es besteht daher kein zwingender Grund anzunehmen, daß die in der Presse veröffentlichte Abrißbegründung bloß vorgeschoben war: „Der Ausbau der Fahrbahn in der Wilhelm-Külz-Straße erfolgt sechsspurig. Die Ruine der ehemaligen Garnisonkirche würde dann jedoch in die Fahrbahn hineinragen. Hinzu kommt, daß auf dem Grundstück der Kirche und an der Plantage mit dem Aufbau einer Datenverarbeitungs- und Rechenstation mit einem Kostenaufwand von rund 50 Millionen Mark begonnen wird. Diese wichtige Einrichtung kann nur im Stadtzentrum geschaffen werden. Außerdem wird die Heiztrasse für die Fernwärmeversorgung des künftigen Stadtzentrums am ökonomisch günstigsten u.a. in der Wilhelm-Külz-Straße entlangführen. Diese drei Gründe waren der Beweggrund für den Abriß der Kirche.“ Freilich war das nicht die ganze Wahrheit; intern argumentierten die

Abrißbetreiber durchaus zugleich auch mit der historischen Kontaminierung des Gebäudes: Daß sich diese bilderstürmerische Sicht aber gegen den Widerstand in der Bevölkerung, im Denkmalschutz und sogar in der Parteiführung durchsetzen konnte, verdankte sich einem sozialistischen Zeitstil, in dessen Zeichen das nach 1945 zunächst geltende Leitbild der „schönen deutschen Stadt“ durch das Städtebauziel der funktionalen sozialistischen Stadt abgelöst worden war. „Machen Sie das Zentrum hell und licht, damit nachfolgende Generationen sagen können: sie haben gut gebaut“, forderte Ulbricht 1966 im Einklang mit den geltenden Grundsätzen der herrschenden Städtebaupolitik von den Stadtplanern der DDR und enthüllte hierdurch auch die radikale Zukunftsorientierung einer Denkwelt, die das historisch gewachsene Ensemble einer Stadt nicht als gültiges Vermächtnis, sondern als bloße Voraussetzung des sozialistischen Städtebaus ansah. Unter diesen Umständen nur konnte der geringfügige Wärmeverlust in einer geplanten Heiztrasse zu einem Argument werden, das gleichrangig neben kunst- und stadthistorischen Gesichtspunkten rangierte und sie im Konfliktfall sogar überstimmte – wobei in der Denkkordnung einer sozialistischen Befreiung von der Vergangenheit die Garnisonkirche aus ästhetischen wie aus ideologischen Gründen zugleich als ein Schandfleck erscheinen konnte: „Schöner denn je wird Potsdam wieder aufgebaut. ... Gespenstisch, aber mahnend zugleich erhebt sich, neben dem Neuen, noch gleichermaßen als Zeuge der finsternen Vergangenheit, die Ruine jener Stätte, in der 1933 die Hitlerfaschisten in den Sattel gehoben wurden“. (Bilanz zwischen dem V. und VI. Parteitag der SED 1962, Berlin [Ost] 1962)

Hier zeigt sich, daß die Beschäftigung mit der Potsdamer Garnisonkirche auf einen zentralen Unterschied zwischen nationalsozialistischer und realsozialistischer Herrschaft hinzuleiten vermag: Während im „Dritten Reich“ noch die Zukunft von der Vergangenheit überformt wurde, wie die geschichtspolitische Befrachtung des „Tags von Potsdam“ zeigt, stand in der DDR noch die Vergangenheit unter dem Diktat der Zukunft. Weit stärker als das gezielte Wollen der handelnden Akteure bestimmten diese gegensätzlichen Strömungen das wechselhafte Nutzungsschicksal der Garnisonkirche, und sie zeugt auf diese Weise von den unterschiedlichen fundamentalen Bindungskräften, die beiden deutschen Diktaturen ihre legitimatorische Akzeptanz in ihrer Zeit zu erwerben halfen. Aus dem glaubhaften Versprechen einer „organischen Moderne“, die die fortschreitende Zeit an die Vergangenheit zurückband und den Gegensatz von tradiertem Herkommen und auflösendem Wandel harmonisch miteinander zu versöhnen behauptete, bezog der NS-Staat vermutlich weit mehr gesellschaftliche Bindungskraft als etwa aus seinen rassistischen Ideologemen. In dem glaubhaften Versprechen, auf den Schwingen des Fortschritts den planbaren Weg in eine von

der Vergangenheit befreite Zukunft zu öffnen, wurzelte umgekehrt ein Gutteil der Anziehungskraft, die zeitweilig auch der SED-Staat in breiten Teilen der ostdeutschen Gesellschaft zu entfalten vermochte und die er mit dem Verblasen des Fortschrittsoptimismus in den achtziger Jahren in dramatischem Tempo wieder verlieren sollte. Während vom „Tag von Potsdam“ die fotografisch festgehaltene Verbeugung der neuen Zeit vor der alten in der Erinnerung blieb, setzte die DDR an die Stelle eines barocken Kirchturms einen Plattenbau mit umlaufendem Mosaikfries, der das Ausgreifen der siegreich voranschreitenden Menschheit in den Weltenraum versinnbildlichte und den Triumph der radikalen Moderne in der Formel „ $E = mc^2$ “ feierte.

#### IV. KONTUREN DER ERINNERUNGSKULTUR IN DER GEGENWART

Doch kann uns das Schicksal der Garnisonkirche auch etwas über die mentale Verfassung unserer Gegenwart lehren, denn ihre Geschichte ist mit ihrer baulichen Entsorgung bekanntlich noch keineswegs an ihr Ende gekommen. Der Gebäudeabriß bedeutete vielmehr zugleich den Auftakt zu einer historischen Wiederbelebung in der Spannung zwischen nationalgeschichtlicher und europäischer Perspektive, die sich bis in unsere Gegenwart zieht. Den Anfang machte eine nationalkonservative Gedächtnispflege, die mit dem „Traditionsverein Potsdamer Glockenspiel“ für eine originalgetreue Wiederherstellung der Garnisonkirche einschließlich ihrer programmatischen Wetterfahne eintritt und ihre Bestimmung in der Wiederaufnahme ihrer auch militärkirchlichen Funktion sieht. Ihr entgegen steht eine entschlossene Ablehnungsfraktion, die auch einen bloßen Nachbau für politisch so verstrahlt hält, daß er eine Gefahr für die Umwelt bedeute. Sie sieht die Garnisonkirche als „ein Symbol des militaristischen Staates Preußen, ein Symbol für Militarismus und Krieg“ und will ihren Wiederaufbau mit allen Mitteln verhindert wissen, um im Kampf gegen eine Wiederkehr des preußischen Untertanengeistes keinem „politischen Markenzeichen potentieller FaschistInnen“ Raum zu geben.

In eine andere Richtung wies eine Willenserklärung der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, die im Oktober 1990 den Abriß von 1968 zu einem „Akt kultureller Barbarei“ erklärte, mit dem „der Stadt Potsdam eine architektonische Meisterleistung von europäischem Rang verloren“ gegangen sei. Hier klingt zum ersten Mal die Idee einer historischen Neudeutung an, die auf europäische Gemeinsamkeit statt auf nationale Einzigartigkeit setzte und den kunsthistorischen Rang des Bauwerks würdigte statt den machtpolitischen. Die damit gegebenen Spannungen zwischen zwei ganz unterschiedlichen Ansätze zur Erneuerung der Vergangenheit sind bis heute nicht abgeklungen und entladen sich am Streit um Wetterfahne versus Nagelkreuz ebenso wie an der künftigen Nutzung, die für die evangelische Landeskirche eine Mißdeutung des historisch belasteten Ortes ausschließen müsse. Ironischerweise fordert gegenwärtig die nicht-kirchliche Traditionsgemeinschaft eine rein kirchliche Nutzung der originalgetreu wiederhergestellten Garnisonkirche, um ihre nationalgeschichtliche Deutung der Vergangenheit funktionell und architektonisch zu beglaubigen, während die Kirche selbst eine rein kirchliche Nutzung ablehnt und ein von einem europäischen Friedenssymbol gekröntes Versöhnungszentrum errichtet wissen will.

Das Beispiel der Garnisonkirche zeigt bis in ihr Bauschicksal hinein, wie stark geschichtliche Erinnerungsorte unabhängig von sakraler Funktion oder kunstgeschichtlichem Rang von der Wirkungsmacht historischer Narrative geprägt sein können. In der Diskussion um den Wiederaufbau stehen sich drei unterschiedliche Meistererzählungen mehr oder minder unvereinbar gegenüber. Einer überkommenen nationalgeschichtlichen Sicht, die in der Wiederanknüpfung an vermeintliche preußische Tugenden einen Weg zur Befreiung von der historischen Last des Nationalsozialismus sieht, tritt als Widerpart eine antifaschistische Sonderwegs-Erzählung gegenüber, die in der preußischen Machtstaatlichkeit die Wurzel der nationalen Katastrophengeschichte sieht. Über diese Dichotomie von Verdrängung und Anklage hinaus führt die jüngere Tendenz einer historischen Europäisierung, die den Gegensatz zwischen Traditionserneuerung und Traditionsverdammung aufheben will, indem sie einer gegenwarts kompatiblen Vergangenheitsrekonstruktion das Wort redet und den Wiederaufbau durch Friedenskreuz und Versöhnungsauftrag mit Attributen einer europäischen Meistererzählung ausstattet.

Politisch mag einem dieser Vorschlag sympathischer sein als die harte Wahl zwischen radikaler Entsorgung und bedenkenloser Entlastung der Vergangenheit. Aus historischer Sicht hingegen ist sie vielleicht am bedenklichsten, weil sie die Vetokraft des historischen Zeugnisses am wenigsten respektiert. Sie ginge über die für die Geschichte der Garnisonkirche so prägend gewordene geschichtspolitische Umdeutung der Vergangenheit hinaus zugunsten einer geschichtskorrigierenden Umgründung der Vergangenheit in europäischer Perspektive, die späteren Generationen vielleicht einmal ebenso fremd sein wird wie unserer Gegenwart die fatale Begeisterung über den Potsdamer Staatsakt von 1938 und die spätere Zustimmung zum Abriß der Kirche 1968.

Dr. Martin Sabrow